



PRESSEMITTEILUNG

Politische Acht-Augen-Gespräche mit dem NABU und dem BUND

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Kontakt

NABU- Bezirksgeschäftsstelle Allgäu-Donau-Oberschwaben

Sabine Brandt
Geschäftsstellenleiterin

Mobil +49 (0)176.47 63 60 52
Sabine.Brandt@NABU-BW.de

BUND Regionalverband Donau-Iller

Jana Slave
Geschäftsführerin

Tel.: 0731/66695
Jana.Slave@BUND.net

Die Geschäftsführerinnen der örtlichen NABU und BUND Bezirke treffen sich mit Bundestagskandidatinnen und -kandidaten

Kreise Ulm, Alb-Donau und Biberach – Die beiden Bundestagsabgeordneten und –Kandidaten der CDU, Ronja Kemmer und Joseph Rief waren am 26.08.2021 im NABU-Heim in Laupheim bei den beiden Bezirksgeschäftsführerinnen von BUND und NABU zu Gast.

Bei Kaffee und Kuchen ging es auch bei diesem Gespräch zuerst um den Klimawandel. Dabei war der Aufhänger ein ganz aktueller Fall, bei dem als Ausgleichsmaßnahme eine Streuwiese umgepflügt und mit einer Blütmischung eingesät werden soll. Diese sowohl ökologisch unsinnige als auch für den Klimaschutz kontraproduktive Maßnahme stieß bei allen Teilnehmenden auf Unverständnis. Daraus entwickelte sich ein Gespräch über den Klimaschutz in dem Frau Kemmer bestätigte, dass die CDU hinter den verabschiedeten Zielen Klimaneutralität bis 2045 und Reduktion der klimarelevanten Gase um 65 % (gegenüber 1990) bis 2030 steht. Diese Ziele sollen ambitioniert in der nächsten Legislaturperiode angegangen werden. Sie bezeichnet CO₂ als die Währung der Zukunft.

Beide Gäste sehen allerdings in allen Bereichen des Klimaschutzes Zielkonflikte. Z.B. mit der Produktion auf landwirtschaftlichen Flächen, in der Tierhaltung, beim Ausbau der erneuerbaren Energien und mit der Industrie. Auch wenn die Gewichtungen der Probleme zwischen Naturschützerinnen und den KandidatInnen unterschiedlich bewertet werden, herrschte doch Einigkeit darüber, dass nur im Konsens mit allen Beteiligten Lösungen für die Zielkonflikte gefunden werden können.

Einen wichtigen Ansatzpunkt für Energieeinsparung und –gewinnung sieht die CDU im Gebäudesektor. Als Ansatzpunkte wurden neben der Unterstützung der Gebäudesanierung auch die Belegung aller vorhandenen, geeigneten Dachflächen mit Photovoltaik gesehen. Dabei verfolgt die CDU die Strategie Anreize zu setzen statt zu verbieten oder zu verpflichten.

Der nächste Themenbereich, über den angeregt diskutiert wurde war der Flächenverbrauch. Während Herr Rief den Entzug von landwirtschaftlichen Flächen aus der Nutzung durch Freiflächenphotovoltaik-Anlagen sehr kritisch sieht, da noch genügend andere Flächen vorhanden seien (wie Dächer, Parkplätze und ungenutzte Industriehallen) und sich am ehesten Agri-PV vorstellen kann, verteidigt er doch den Bauboom auf eben solchen landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Region. Hier sieht er einen hohen Bedarf an Einfamilienhäusern für Fachkräfte. Mehrfamilienhäuser seien zwar erwünscht, aber auch künftig müsse der Bau von Einfamilienhäusern möglich bleiben. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Sinnhaftigkeit von Neubaugebieten, die ausschließlich Einfamilienhäuser enthalten und über Konzepte zu, an den Wandel der Bedürfnisse angepassten Baugebieten. Während die Naturschutzverbände den § 13b des Baugesetzbuches, der Ausweisungen von Baugebieten ohne Umweltprüfungen und Umweltausgleich erlaubt ablehnen, verweisen die CDU-Abgeordneten auf positive Effekte für die Natur durch Gartenanlagen in den Baugebieten. Auf den Hinweis der Naturschützerinnen, dass in den meisten Neubaugebieten allerdings nach dem Verbot von Schottergärten jetzt von Rasenrobotern getrimmte Grasflächen und Thuja-Hecken in Neubaugebieten vorherrschen - ökologisch fast ebenso fragwürdig - schlugen die Abgeordneten verbindliche Vorgaben und Kontrollmechanismen vor. Die Naturschutzverbände lehnen Ausgleichsmaßnahmen in Baugebieten wegen der bislang herrschenden ‚Nicht‘-Kontrollpraxis ab. Beim Thema Solarenergie stimmen BUND und NABU Herrn Rief zu, dass bereits versiegelte Flächen vorzugsweise mit Photovoltaikanlagen zugebaut werden sollten, dass aber diese Flächen für die Energiewende nicht ausreichen und deshalb auch Freiflächenanlagen nötig sein werden.

Einigkeit herrschte zwischen allen Beteiligten beim Thema Nachverdichtung in Gemeinden. Hier sollte es deutliche Entschärfungen beim Immissionsschutz geben, um auch in landwirtschaftlich geprägten Gemeinden eine Nachverdichtung und damit eine Belebung ihrer Ortskerne zu ermöglichen.

Im Themenbereich Landwirtschaft wies Herr Rief darauf hin, dass bei allen Maßnahmen ein Zusammendenken der Punkte Lebensmittelproduktion, Energiegewinnung, Klimaschutz, Pflege der Kulturlandschaft und Biodiversität wichtig sei. Gerade beim ersten Punkt treibt ihn die Sorge um, wie die Lebensmittelproduktion im Biolandbau effektiver gestaltet werden kann, um die Produktionsmengen vor Ort zu steigern. Diese ist besonders wichtig, um Importe von weniger naturfreundlich hergestellten Produkten aus dem Ausland zu verhindern. Einen Zielkonflikt sieht er in den Maßnahmen zur Extensivierung sowohl im Ackerbau als auch in der Tierhaltung, denn in seinen Augen gehen Extensivierung und Klimaschutz nicht zusammen.

Die Regionalgeschäftsführerinnen der Naturschutzverbände bedanken sich bei allen Kandidatinnen und Kandidaten für die offenen und interessanten Gespräche und hoffen auf eine Fortsetzung des Dialogs auch über den Wahlkampf hinaus.

Mehr Infos unter: www.nabu-bezirk-ado.de oder www.bund-ulm.de